Wortprotokoll:

OB Wehling:
Hiermit sind wir beim Tagesordnungspunkt 23.3/Antrag der Linke Liste-Fraktion: Abberufung des Betriebsleiters der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen und Erteilung einer Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der ASO gGmbH, Drucksache 3015.
Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, dass die Verwaltung eine rechtliche Stellungnahme erarbeitet. Diese ist den Fraktionen am Freitag übermittelt worden.

Zwischenruf (unverständlich)

Die rechtliche Stellungnahme kommt zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um eine Personalangelegenheit im Sinne des § 48 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 10 Abs. 2 Ziff. 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen handelt. Damit ist der Antrag auf den öffentlichen Teil der Tagesordnung zu setzen. Nach § 48 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen kann auf Antrag eines Ratsmitgliedes oder des Oberbürgermeisters für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Für diese Ratsentscheidung hat eine Abwägung der in Rede stehenden Persönlichkeitsrechte mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit im Einzelfall zu erfolgen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass keine Gründe vorliegen, die einen Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen. Mit großem Nachdruck möchte ich jetzt abschließend darauf hinweisen, dass Sie als Stadtverordnete in Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes verpflichtet sind, die Persönlichkeitsrechte Dritter in Bezug auf Werturteile und Tatsachenbehauptungen, die nicht hinreichend belegt sind, zu beachten. Ich werde also sehr streng darauf achten, werde mich auch abstimmen mit dem Rechtsbeigeordneten. Falls diese Grenzen überschritten werden, werde ich also die öffentliche Sitzung unterbrechen und dann kann nur weiter verhandelt werden im nichtöffentlichen Teil. Ich weise darauf hin: Auf Antrag der SPD-Fraktion wird über diesen Punkt ein Wortprotokoll erstellt.
Stadtv. Karacelik:
Ich hätte da eine Frage.
Ich weiß nicht, ob die anderen Fraktionen die Vorlage bekommen haben. Wir haben sie nicht bekommen, sonst hätte wir das auch prüfen lassen.
OB Wehling:
Speziell für Sie als Antragsteller ist ja wichtig, sie sind ja auch noch mal befragt worden, ob es im öffentlichen Teil behandelt werden soll. Die Rechtsauskunft kommt zu dem Ergebnis „korrekt“. Vorweg noch Herr Schmidt.
Dez. Schmidt:
Nur zur Information, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Stellungnahme ist am Freitag um 12:19 Uhr allen Fraktionen per E-Mail zugeleitet worden.
Stadtv. Carstensen:
Sehr geehrte Damen und Herren,
wir waren schon vor zwei Monaten der Auffassung, dass die Diskussion im öffentlichen Teil richtig ist. Geschäftsführung und Betriebsleitung werden von Ratsmitgliedern bzw. vom Rat bestellt. Deshalb hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu erfahren, wie der Rat diskutiert. Die Diskussion ist längst öffentlich. Deshalb gehört auch unser Antrag erst recht in den öffentlichen Teil der Ratssitzung. Nach zwei Monaten ist dann auch die Verwaltung zu der Auffassung gekommen, dass unser Antrag vor zwei Monaten den richtigen Platz gehabt hat. Ich glaube aber auch, dass die Öffentlichkeit dazu beigetragen hat, dass Sie, die Koalitionsmehrheit, nun auch der Überzeugung ist, dass dieser Antrag in den öffentlichen Teil gehört. Nun gut, seit nun mehreren Monaten und wenn wir ehrlich sind, seit Jahren sind wir mit den Auseinandersetzungen um die Person Spiecker in der ASO konfrontiert. Für das anscheinend nicht besonders gute Betriebsklima wurden Stichworte hierfür in der Öffentlichkeit und in der Presse genannt. Als Betroffener, der jetzt entscheiden müsste, in welches Altenheim ein Mensch gehen soll, würde ich zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht die

ASO-Einrichtungen wählen. Denn für die Betreuung der Menschen gerade in diesen Einrichtungen ist eine zufriedene Belegschaft mit einem sehr guten Betriebsklima absolut erforderlich. Weil die Arbeitsbedingungen an und für sich schon sehr belastend sind. Das Vertrauen in die Geschäftsführung ist jedoch unwiderruflich und irreparabel geschädigt. Durch die anhaltende Auseinandersetzung um die Person Spiecker setzt sich die SPD dem Verdacht aus, den Parteigenossen um jeden Preis in seinem Amt halten zu wollen. Sie, meine Damen und Herren, wären heute gut beraten, diesem Eindruck entgegenzuwirken. Um weiteren Schaden an der ASO zu verhindern, ist ein Neuanfang zwingend erforderlich. Die Stelle der Betriebsleitung und die der Geschäftsführung müssen öffentlich ausgeschrieben werden und unabhängig von Parteibüchern besetzt werden. Die eingehenden Bewerbungen sollten von einem Runden Tisch gesichtet werden, an dem alle beteiligten Gremien vertreten sind. Wir fordern Sie deshalb auf, unserem Antrag zuzustimmen. Dankeschön.

OB Wehling:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Stadtv. Nagels:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
ich bin dankbar dafür, dass die SPD-Fraktion Wortprotokoll beantragt hat. Ich werde also langsam sprechen. Und ich sage als erste Bemerkung, mit einem solchen Wortprotokoll schüchtert uns auch niemand ein. Wortprotokolle bitte ich so zu verstehen, dass auch die heute üblichen, manchmal unpassenden Zwischenrufe, wörtlich protokolliert werden. Denn es ist ja guter Brauch inzwischen, dass vor allem von Herrn Zimkeit unpassende Bemerkungen in Ratssitzungen gemacht werden. Das tut er, um Menschen zu verunsichern. Das sollte dann entsprechend auch protokolliert werden, wenn er es wieder tut. Um mit Herrn Große Brömer zu sprechen, es ist immer wieder traurig, wenn eine große Fraktion, und diesmal nicht die Opposition, ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Alle Mitglieder dieses Rates kennen aus der letzten Ratsperiode den gemeinsamen Antrag von Grünen, Linken und CDU. Wir haben damals uns darstellen lassen, wie viele Arbeitsgerichtsverfahren und ähnliche rechtliche Auseinandersetzungen denn die ASO betrieben hat. Sie kennen alle das Ergebnis, das uns mitgeteilt worden ist. Wir haben seither auf Besserung gehofft. Das hat aber am Verhalten des Geschäftsführers nichts geändert. Und aus diesem Grunde werden wir dem Antrag der Linke.Liste zustimmen.

Frau Bürgermeisterin Opitz:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte auf zwei Aussagen eingehen, Herr Carstensen. Zum einen, die Diskussion ist längst öffentlich. Ich stelle mir die Frage, auf welchem Niveau ist sie öffentlich und wollen wir dieses Niveau halten und hier weiterführen? Und die Diskussion um Spiecker, da sind Sie bemüht schon seit Jahren als Linke.Liste. Ich stelle mir dann die Frage, als Aufsichtsratsmitglied, warum hört man da nichts im zuständigen Gremium, im Aufsichtsrat? Warum wird dort nicht konstruktiv in die Diskussion gegangen? Warum ist man da still? Einen Runden Tisch haben wir schon lange gefordert als Koalition. Dieser Runde Tisch ist von den Beteiligten, von einem Teil der Beteiligten, nämlich von den Betroffenen, nicht gewünscht. Wir haben die Betroffenen eingeladen in den Aufsichtsrat. Sie sind nicht gekommen.

OB Wehling:

So weitere Wortmeldungen? Ja, von Herrn Runkler, dann Herr Große Brömer.

Stadtv. Runkler:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
wenn ich mit einer Korrektur beginnen darf. Die Betroffenen waren im Aufsichtsrat, nur die Kritiker, die waren nicht da. Die waren ja auch sozusagen hinter ver.di gruppiert als Vertrauensleutestammtisch, aber auch ver.di selbst hat den Termin nicht wahrgenommen. Der Betriebsrat war weitgehend anwesend und hat sich auch im Aufsichtsrat sehr eindeutig geäußert. Richtig ist natürlich schon, dass die antragstellende Fraktion, die seit vielen Jahren im Aufsichtrat vertreten ist, nie einen solchen Antrag in der Sache vorbereitet hat. Durch Beiträge oder durch konkrete Vorhalte oder durch Nachfragen. Das hat ja auch mich in der letzten Ratssitzung veranlasst, den Antrag auf Nichtbefassung zu stellen. Auch deswegen,

weil der Betriebsleiter der ASO Alteneinrichtungen angegangen wird. Wir wissen, dass der Eigenbetrieb keine Beschäftigten hat. Also all das, was hier heute an Begründung vorgebracht wird, ohnehin ins Leere lief. Aber sie wollen natürlich auch diesmal im Antrag den Geschäftsführer der Alteneinrichtungen, und das ist die gGmbH, auch der Servicebetrieb GmbH, ansprechen. Da ist keine direkte Zuständigkeit des Rates, sondern die Weisung an den Vertreter in der Gesellschafterversammlung erforderlich. Auch da, das war ja meine Frage im Ältestenrat, die leider nicht beantwortet wurde, stellt sich die Frage, ob das nicht auch im Aufsichtsrat vorher beraten werden muss, bevor der Rat überhaupt entscheiden kann. Ich habe da Zweifel, auch ob der Betriebsausschuss nicht vorher zu einem Antrag gehört werden soll. Auch da habe ich Zweifel. Dazu ist in der Stellungnahme, obwohl ich im Ältestenrat darum gebeten habe, nichts wiedergegeben. Es kommt auch nicht darauf an und hätte vielleicht auch nur dazu geführt, dass man noch weitere öffentliche Tribünen für die Kampagne, und da haben Sie Recht, die läuft schon seit vielen Jahren, für diese Kampagne herbeigeführt hätte. Und tatsächlich ist ja jedes Mal, wenn das in den Medien seinen Niederschlag gefunden hat, dem auch nachgegangen worden. Was den Aufsichtsrat also betrifft, der Vorwurf geht nicht an Herrn Nagels, sondern an die Linke, das da nicht diskutiert oder thematisiert worden wäre. Allerdings den Vorschlag der Abberufung hat es im Aufsichtsrat nicht und aus keiner politischen Richtung in irgendeiner Weise gegeben und es sind auch keine Sachverhalte vorgetragen worden, bei denen eine solche Konsequenz angedeutet wurde. Herr Carstensen hat das ja sehr offen dargestellt, was bleibt, ist, in der Öffentlichkeit das Bild zu erzeugen, dass die Menschen in den Alteneinrichtungen nicht angemessen gepflegt würden aufgrund des Betriebsklimas, so dass man also niemandem, keinem Angehörigen empfehlen könnte, dort zu wohnen und sich pflegen zu lassen. Ich glaube, da sind wir genau am Kern, nämlich dass hier eine Einrichtung mit ihren Beschäftigten über die Person des Geschäftsführers, der auch persönlich angegriffen und zur Unperson erklärt werden soll, getroffen werden soll. Dass die Arbeitsplätze gefährdet werden, das hat ja auch die Reaktion übrigens der Beschäftigten hier vor Ratssitzungen und vor Aufsichtsratssitzungen gezeigt und wie sie zumindest zu einem großen Teil das sehen. Und vielleicht kann man ja, wenn man das Stichwort da aufgreift, das es in der Öffentlichkeit gab, eine Vorsicht von Beschäftigten konstruieren, mit der Kritik nach vorne zu treten. Und ich glaube, jedes Aufsichtsratsmitglied ist da offen gegenüber einer mit Namen und konkreten Sachverhalten vorgetragenen Beschwerde oder Kritik. Aber man kann sie sicherlich nicht dazu bewegen, sich hier hinzustellen in die Ratsflure und ihre Sicht der Dinge dann doch sehr deutlich kundzutun. Die Kampagne ist die gleiche, die kenne ich schon seit mindestens fünf Jahren, eher länger. Sie wiederholt sich immer, sie fällt immer in sich zusammen und diesmal wird sie aus meiner Sicht mit ganz besonders unanständigen Mitteln geführt.
Vielen Dank.

Stadtv. Große Brömer:

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,
zunächst eine Richtigstellung, mit dem Antrag auf Wortprotokoll wollen wir selbstverständlich niemanden einschüchtern, auch Herrn Nagels nicht. Die CDU-Fraktion weiß, dass man Herrn Nagels nicht einschüchtern kann, deswegen wäre das sicher ein vergebliches Bemühen gewesen. Aber es dient der Sachlichkeit, und ich glaube, bisher hat’s auch schon fast geklappt. Ich möchte zwei, drei Anmerkungen machen zu dem bisher Gesagten und zu dieser Kampagne. Zunächst einmal die Unterstellung, die innerhalb der letzten Ratssitzung auch öffentlich gemacht wurde, die SPD hätte durch Antrag verhindert, dass eine Auseinandersetzung stattfindet zu dem Thema, zu dem Antrag der Linke.Liste, ist falsch. Wir haben den Antrag nicht gestellt, wir wussten auch nicht, dass der Kollege Runkler diesen Antrag auf Nichtbefassung stellen würde. Mit der Argumentation vom Kollegen Runkler, die er in Teilen eben in seinem Wortbeitrag wiederholt hat, was die Aktivitäten im Aufsichtsrat betreffen, haben wir aber dann diesem Geschäftsordnungsantrag auch zugestimmt. Ich habe aber, nachdem die Linke.Liste diesen Antrag erneut gestellt hat, im letzten Ältestenrat ausdrücklich gesagt, dass wir eine öffentliche Behandlung wünschen, im öffentlichen Teil, wenn denn die rechtlichen Voraussetzungen das auch ermöglichen. Einfach und allein aus dem Grund, um endlich auch einmal öffentlich klarzustellen, mit welcher Art und Weise in

dieser Auseinandersetzung agiert worden ist und mit welchen Mitteln und Methoden. Und die Zielsetzung kann sich dann eigentlich jeder an zwei Fingern abzählen. Zunächst einmal ist diese Kampagne, die der Kollege Runkler gerade beschrieben hat, nicht zum ersten Mal zu verzeichnen gewesen. Die Art und Weise, wie sie in diesem Jahr geführt worden ist, ist aber ohnegleichen. Es war eine Schmutz- und Schundkampagne. Und jetzt mag sich, sollte sich auch niemand angesprochen fühlen der hier Anwesenden. Ich beziehe mich da insbesondere auf die zahlreichen anonymen Zuschriften und auf einen E-Mail-Verkehr, der bei mir eingegangen ist, obwohl ich nicht erster Adressat war, mit unflätigsten und unanständigsten Vorwürfen und Behauptungen, auch gegen meine Person. Diese E-Mails habe ich alle sachlich, vernünftig beantwortet und habe die betreffenden Personen zu Vier-Augen-Gesprächen oder Runden Tischen, auf jeden Fall zu Gesprächen eingeladen, um die Argumente auszutauschen. Es waren ca. sechs bis zehn verschiedene E-Mail-Adressen als Absender. Nicht eine davon ließ sich namentlich irgendwie in Oberhausen geografisch festmachen und ich habe nicht eine Zusage zu einem Gespräch bekommen. Und das führt mich zu dem Verdacht, zu der Vermutung, dass das eine organisierte Kampagne war von absolut nicht Betroffenen, die da, aus welchen Gründen auch immer, ihr politisches Süppchen kochen wollten und nichts anderes. Und deswegen geschah es in unserer Darstellung, in unserer Stellungnahme in der Hochphase dieser Auseinandersetzung, dass wir uns entrüstet haben über die Art und Weise, wie über eine Person in aller Öffentlichkeit geurteilt und behauptet wurde, ohne überhaupt auch nur ansatzweise Beweise für diese Vorwürfe vorlegen zu können. Ja, es hat Gerichtsverfahren gegeben, ja, es hat Abmahnungen gegeben. Es hat aber auch erfolgreiche Gerichtsverhandlungen gegeben, es hat nicht nur verlorene Prozesse gegeben vor dem Arbeitsgericht. Und ja, damit muss sich ein Aufsichtsgremium beschäftigen, ein Aufsichtsgremium, in dem Fall der Aufsichtsrat. Und natürlich auch der Betriebsrat als Interessensvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Hause. Beides ist erfolgt und beides hat auch eindeutig zum Ergebnis gehabt, auch das ist ja gerade schon dargestellt worden, dass die Vorwürfe wie sie geäußert wurden in aller Öffentlichkeit oder anonym oder auch mit Namen, dass die aus Sicht des Betriebsrates völlig haltlos waren. Und dass es da sicherlich interne Gespräche gibt, auch mit dem Betriebsrat, aber die auf gar keinen Fall diese Kampagne rechtfertigen, die dort stattgefunden hat.
Ein zweiter Aspekt ist für mich ganz wichtig. Ich bin insofern persönlich betroffen, als meine Mutter seit über zwei Jahren mittlerweile in diesem Haus untergebracht ist und gepflegt wird. Und ich kann Ihnen versichern, was das in diesem Haus für eine Verunsicherung ausgelöst hat, als diese Kampagne vor der Sommerpause im Frühjahr stattgefunden hat. Die älteren Menschen waren betroffen von den Vorwürfen, zumal sie die überhaupt nicht bestätigen oder auch nur unterstützen konnten. Und ich glaube, dass die Summe dieser Vorwürfe und die Kernaussagen dieser Kampagne letztendlich auch dazu geführt haben, dass die erfolgreiche Arbeit, die bei den Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen für mich zweifelsohne stattfindet, dass diese erfolgreiche Arbeit in einer Art und Weise in Frage gestellt und diffamiert worden ist, wie ich es bisher in dieser Stadt in dieser Form nicht erlebt habe. Ich glaube, dass es angeraten wäre, sich vielleicht in Zukunft etwas mehr Gedanken zu machen, auf welchen parteipolitischen Zug man aufspringt, auf welche, das Begleichen persönlicher Rechnungen man plötzlich als Partei oder Fraktion aufzuspringen meint zu müssen. Ich glaube, mehr Sachlichkeit und mehr Seriosität sind bei dem Thema dringend erforderlich. Der Herr Spiecker hat das Vertrauen der SPD-Fraktion und deswegen werden wir diesen durchsichtigen, beschämenden Antrag ablehnen.

OB Wehling:

Herr Carstensen, danach Herr Schranz.

Stadtv. Carstensen:

Sie glauben gar nicht, Herr Große Brömer, wie viel Briefe und Mails wir bekommen, in denen Beschwerden über irgendwelche Einrichtungen in Oberhausen oder Institutionen städtischer Art ankommen, gemacht werden. Wir gehen sehr wohl verantwortungsvoll mit den Dingen um und springen nicht auf jedes Pferd, aber was hier bei der ASO vorgeht, ich glaube die ersten Kontakte hatte ich vor 10 Jahren, ist eine andere Dimension. Und wenn vielleicht Betroffene nicht den Mut haben, zu Ihnen zu kommen, Herr Große Brömer, zu uns kamen

sie. Wir haben dann versucht, an einigen Kennzahlen festzumachen, worum es geht. Und wir haben feststellen müssen, nun fragen Sie selber mal nach, wie hoch ist denn der Krankenstand bei der ASO? Wie exorbitant höher sind denn die Zahlen von Arbeitsprozessen bei der ASO? Im Gegensatz meinetwegen zum Haus Gottesdank oder zu anderen Einrichtungen. Wie hoch war der Bettenleerstand in den letzten Jahren bei der ASO? Und dann nur noch eine Frage wegen der Unterstützung von Herrn Spiecker, als er hier war. Fragen Sie mal die Kolleginnen und die Kollegen, die hier waren, ob die in ihrer Freizeit hier waren oder ob sie vielleicht Überstunden dafür bekommen haben. Was hier bei der ASO abgeht, hat eine andere Dimension, und ich sag's mal so, wenn ich Geschäftsführer der ASO wäre, würde ich schon freiwillig zurücktreten, um weiteren Schaden von dieser Einrichtungen zu nehmen. Das würde ich eigentlich auch von Herrn Spiecker persönlich erwarten.

Stadtv. Schranz:

Herr OB, meine sehr verehrten Damen und Herren,
das Verfahren heute, auch schon beim letzten Mal, ist aus meiner Sicht offen gestanden doppelt unglücklich. Die Sache ist sehr ernst. Daher wäre es aus meiner Sicht, aus unserer Sicht als Fraktion, durchaus notwendig und angemessen gewesen, das ausführlicher an Sachverhalten orientiert zu bereden, will sagen, wir hätten eine Vorberatung, ich hab es im Ältestenrat schon gesagt, in den zuständigen Gremien auch für sinnvoll gehalten, vielleicht auch eine Aufzählung der Sachverhalte in der Begründung, das ist aber nur die eine Seite, der Versuch, in der letzten Ratssitzung, durch wen beantragt auch immer, es hat ja eine Mehrheit des Rates dafür gestimmt, den Antrag nicht zu behandeln. Auch das Ausziehen einer Mehrheit des Rates aus diesem Raume war ja der Versuch, sich mit dem Antrag und seinen Zielen nicht auseinandersetzen zu müssen. Der Versuch, das Wortprotokoll heute schreiben zu lassen, ist natürlich auch der Versuch, die Hürden, die Hemmnisse für diese Diskussion höher zu legen. Beides wird aus meiner Sicht der Sache wenig gerecht. Und das zeigt auch so ein bisschen die Debatte. Bisher, weil hier hauptsächlich über die in Anführungszeichen von Ihnen so bezeichnete Kampagne gesprochen wird und weniger über die Sachverhalte und damit ein ganz Entscheidendes verwechselt wird, nämlich Ursache und Wirkung. Sie reden jetzt bei diesem Tagesordnungspunkt über die Wirkung auf die Öffentlichkeit, auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wollen über die Ursachen weniger reden. Dabei liegt der Ernst der Sache genau in diesen Ursachen, nämlich in den Sachverhalten. Wenn man sich die noch mal vor Augen führt, Herr Nagels hat schon von den Arbeitsgerichtsverfahren gesprochen, es geht ja nicht um die Frage, dass da welche geführt werden, sondern um die schiere Zahl. Nach der Antwort im Aufsichtsrat waren es, wenn ich das richtig recherchiert habe, 44 in fünf Jahren. Es geht um eine Vielzahl von Abmahnungen. Der Geschäftsführer hat in der Öffentlichkeit von 18 Fällen in zwei Jahren gesprochen, Und es geht um mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden, die zum Teil den Fraktionen zugegangen sind, dem Oberbürgermeister zum Teil, über die Medien Bericht erstattet werden, also über einen massiven, anhaltenden Konflikt zwischen dem Geschäftsführer der Alteneinrichtungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft. Der Ehrenbürger und Altoberbürgermeister ist zu dieser Frage in den Medien zitiert worden, die Gemengelage sei so verworren, dass ohne einen Mediator von außen keine Lösung möglich ist. Wenn also ein Vertreter der Sozialdemokratie und langjähriger, von allen Seiten geschätzter Funktionsträger dieser Stadt konstatiert, hier gibt es eine massive Problemlage, kann man, glaube ich, schlecht, besser gesagt, nicht die Probleme und die Konflikte ignorieren, oder, wie zum Teil hier in der Kampagne geschehen, in der Debatte geschehen, auf eine Kampagne reduzieren. Der Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Konflikte mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sind aber nur ein Teil der Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Ein zweiter gewichtiger Teil sind die Immobilienprojekte der Alteneinrichtungen. Ich erinnere noch mal an die Diskussion hier und in den zuständigen Gremien um die Seniorenresidenz am Olga-Park, um den Neubau, um den Verkauf, um Informationspflichten der Geschäftsführung, Informationsrechte des Aufsichtsrates und an die Diskussion um den Beratervertrag des Geschäftsführers, an die Diskussion um die zahlreichen Baumängel, die ja ursächlich sind für, wenn ich das richtig sehe, zwei gerichtlicher Auseinandersetzungen, die nach wie vor anhängig sind. Ich erinnere abermals

an die Diskussion um den Ersatzneubau der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, die 2009/2010 geführt wurde, mit einer Entscheidung, die der Rat im Jahr 2010 dann widerrufen musste, was Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Alteneinrichtung hatte. Und ich erinnere auch noch mal an die Auseinandersetzung zwischen der Alteneinrichtung und der OGM, die erst durch - Stichwort „Servicevertrag“ - eine Intervention des Oberbürgermeisters geklärt werden konnte. Also neben diesen großen Komplex ‚Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern’ tritt dieser große Komplex der ‚Immobilienprojekte der Alteneinrichtung’. Und einen dritten will ich auch nicht verschweigen, der hier mehrfach schon angeklungen ist, nämlich die Frage der Bewohnerinnen und Bewohner, respektive deren Angehörigen. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, der, ich glaube, in der vorvergangenen Wahlzeit, sie werden sich erinnern, dass wir hier, in der vergangenen Wahlzeit, hier in diesem Raum gesessen haben als Haupt- und Finanzausschuss und vier Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung vorgetragen bekamen von Angehörigen, von Bewohnerinnen und Bewohnern der Alteneinrichtung. Und da ist beispielsweise auch die gerichtliche Auseinandersetzung über die Frage, wer wen besuchen darf in den Alteneinrichtungen, wird Ihnen allen ja nicht verborgen geblieben sein. Welche Schlussfolgerungen kann man aus diesen, muss man aus diesen Sachverhalten ziehen? Die eine wird sicherlich unstrittig sein. Die Fronten sind verhärtet. Das ist auch das, was Herr van dem Mond zum Ausdruck gebracht hat. Insofern glaube ich auch, dass der vorhin nochmals von Frau Opitz genannte Runde Tisch voraussichtlich wenig bis nichts bringen wird, weil die Fronten so verhärtet sind wie sie sind. Fakt ist, diese Auseinandersetzungen gibt es seit mindestens 1998. Sie haben zu einer Vielzahl von Diskussionen in den zuständigen Gremien, namentlich im Aufsichtsrat der Alteneinrichtung geführt, ohne dass es zu einer nachhaltigen Änderung des Stils, der Art und Weise von Herrn Spiecker gekommen ist, wie er die Geschäftsführung bei den Alteneinrichtungen ausübt. Insofern sagen wir ja, auch wenn das Verfahren zu diesem Antrag heute doppelt unglücklich war. In der Sache ist die Forderung, nämlich eine Abberufung als Geschäftsführer, durchaus gerechtfertigt. Wir haben das von Ihnen zitierte Vertrauen in die Geschäftsführung durch Herrn Spiecker nicht. Insofern werden wir dem Vorschlag der Linken Liste zustimmen.

Stadtv. Große Brömer:

Mir liegen jetzt einige Adjektive auf der Zunge, aber wegen des Wortprotokolls bin ich zu sehr eingeschüchtert. Deswegen sage ich die jetzt nicht.

Herr Kollege Schranz, niemand bestreitet, dass es offensichtlich atmosphärische, tatsächliche Probleme im Betriebsablauf gibt. Deswegen hat sich der Aufsichtsrat damit beschäftigt. Deswegen hat der Betriebsrat sich damit beschäftigt. Deswegen hat es die Einladungen zu einem Runden Tisch gegeben, zu einem gemeinsamen Gespräch der Kritiker im Aufsichtsrat. Herr Nagels hat es leider versäumt, an diesem Termin teilzunehmen, sonst hätte er dort Gelegenheit gehabt, seine Meinung, seine Kritik darzustellen und hätte dann vielleicht auch erleben dürfen, dass diese Einschätzung von der Mehrheit im Aufsichtsrat und von dem Betriebsrat nicht geteilt worden ist. (Zwischenruf) Der Informationsfluss ist ja zumindest ansatzweise dann auch vorhanden, aber das ist der Ort, um die Probleme zu besprechen, das ist genau der Ort. Und wenn Sie jetzt auf diesen Antrag der Linken anspringen, dann frage ich mich, was ist hier eigentlich noch sachlich gerechtfertigt. Sie haben jede Gelegenheit gehabt, ihre Vertreter haben jede Gelegenheit gehabt, die Problematik tatsächlich ausführlich zu besprechen und zu prüfen. Und Sie tun jetzt so hier, als wäre das plötzlich über uns gekommen. Es hätte keine Möglichkeit gegeben, die Fragen zu stellen, die zu stellen waren. Und die Antworten zur Kenntnis zu nehmen, die gegeben worden sind. Und deswegen, das tut mir leid, das ist Show, die Sie hier wieder veranstalten. Sie nehmen keine seriöse Interessenswahrnehmung vor, denn da wäre der Ort gewesen. Und Sie hätten auch in anderen Gremien entsprechende Nachfragen und Anträge stellen können, aber Sie springen jetzt auf diesen beschämenden Antrag von der Linken Liste auf und meinen, dadurch politisches Kapital gewinnen zu können. Und in die gleiche Qualität kommt auch Ihr Zitat von Altoberbürgermeister van den Mond, der gefragt worden ist, der die Details überhaupt nicht kennt, der überhaupt keine Informationen zu dem Zeitpunkt hatte, und da wird dann eben ein Zitat von Ihnen als allgemeines gültiges Urteil über die Person oder über die Alteneinrichtungen ASO gewertet. Das finde ich schon

bedenklich, wie Sie mit solchen Zitaten umgehen und ich glaube, wenn es denn ansatzweise nun wirklich Ihr Interesse wäre, ein Problem zu lösen und die Sachlage zu erörtern, die auch mittlerweile von ver.di überhaupt nicht mehr in der Form geteilt wird, wie sie anfangs in der Öffentlichkeit dargestellt worden ist, weil es da Gespräche gegeben hat, dann könnten wir uns dieses Schauspiel hier gemeinsam ersparen im Interesse der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen und auch aus Rücksicht auf Persönlichkeitsrechte, die hier aus meiner Sicht in der Art und Weise wie diese Kampagne erfolgt ist, nun wirklich ganz gewaltig verletzt worden sind. Wir sind nicht verantwortlich für Ihren CDU-Klartext, das sind Sie selbst. Und die Aussagen, die da enthalten waren, die sind in der Tat von der gleichen Qualität wie der Antrag der Linken Liste.

Stadtv. Nagels:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Große Brömer,
ich hab überhaupt keine Notwendigkeit, Ihnen gegenüber zu rechtfertigen, warum ich in welchen Sitzungen mit welchen Prioritäten gesessen habe. Aber ich tu's trotzdem. Sie wissen sehr genau, dass auf meine Initiative dieser Rat sich mit dem Antrag der CDU-Fraktion zur Inklusion seinerzeit befasst hat. Als der Oberbürgermeister einen Termin angesetzt hat zum Zeitpunkt des Sozialausschusses und zur Aufsichtsratssitzung hab ich die Priorität gesetzt, an diesen Veranstaltungen mit der halben Stadt zur Inklusion teilzunehmen und nicht an der Aufsichtsratssitzung, weil ich auch wusste, welche Auseinandersetzungen und welche Qualität dort auf mich zugekommen wären. Die zweite Sache, dass Frau Willing-Spielmann nicht da war, was im Protokoll ja auch als Kritikpunkt angeführt worden ist, lag daran, dass sie in Urlaub war. Die Art und Weise, wie es im Protokoll vermerkt ist, fand ich relativ unanständig. Das so weit. Und noch etwas zu dem moralischen Aspekt, den Sie angesprochen haben. Diese E-Mails, die Sie bekommen haben, habe ich auch bekommen. Und in der Phase, als der Fragebogen von ver.di initiiert wurde, hat es mich so genervt, dass ein Pseudonym, und ich verrate damit keinen Namen, nämlich Helene Wolf, völlig übers Ziel hinausschießt. Diese Helene Wolf ist nicht existent. Das ist genau das, was Sie sagen. Da war eine Kampagne im Gange, deren Verursacher ich nicht kenne. Ich weiß nicht, wer sie kennt. Und ich habe dieser Helene Wolf nachweislich geschrieben, „Halt jetzt einfach mal die Schnauze", bis ver.di ihren Fragebogen zu Ende hat. Bis die Auswertung da ist. Das heißt also, ich habe zu bestimmten Zeiten versucht, zur Beruhigung der Situation beizutragen. Auch diese Rechtfertigung brauchte ich hier nicht zu machen. Nur damit Sie sehen, wie auch mich das betroffen macht, wenn die Alteneinrichtungen ins Gerede kommen. Ich weiß wovon ich rede. Ich habe in den letzten Jahren mit meiner Frau drei alternde und sterbende Menschen, nicht in Oberhausen, sondern in Duisburg, mitbetreuen müssen und ich weiß, wie das Klima vergiftet werden kann, wenn das Betriebsklima schlecht ist. Und noch einen Aspekt, den ich bitte zu bedenken gebe. Wenn man sich beschwert in einem Unternehmen, dann braucht man Mut. Und wenn man sich beschwert, braucht man einen Betriebsrat, der einen deckt und einen schützt. Und wenn man dann nicht die Kraft hat, seinen Namen zu nennen, aber trotzdem die Probleme auf den Punkt beschreibt. Und es kommt immer wieder zu ähnlichen Aussagen von Menschen, die auch sachlich gesagt haben, wo es lang geht, auch Menschen, die noch nicht Betroffene waren, von Menschen, die befürchtet haben, im nächsten Monat bin ich dran, dann macht mich das sehr nachdenklich. Und insofern bitte ich zu bedenken, Mut und Klarheit, an die Front zu gehen, um das mal so zu sagen, ist ganz schön schwierig in unserem Wirtschaftsleben und in unserer wirtschaftlich gut funktionierenden Alteneinrichtung. Es ist schwierig, zumal bei der Personalsituation, die teilweise von Unterbelegung oder von Krankenständen betroffen ist. Wir sehen, dass die Belegungszahlen zurückgehen. Wir hatten das vor Jahren schon angekündigt, dass Minderkapazität da ist, und wir bei unserer Alteneinrichtung aufpassen müssen. Und diese Gesamtsituation hat sich letzten November, Dezember verschärft und danach kamen erste Beschwerden und es war keine Schmutzkampagne, sondern es waren ernste Sorgen von Mitarbeitern der ASO.

Frau Stadtv. Flötgen beantragt geheime Abstimmung.

Zwischenrufe (unverständlich)

OB Wehling:
Ja, dem müssen wir dann stattgeben.
Beig. Motschull:
Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich darf jetzt nachfragen, ob das ein Antrag der Fraktion ist, weil, wir 1/5 der Ratsmitglieder für einen derartigen Antrag und nicht eine einzelne Person brauchen.
Stadtv. Karacelik:
Ja, wir beantragen das als Linke.Liste mit, geheime Abstimmung.
Beig. Motschull:
Dann ist die erforderliche Mehrheit damit gegeben?
OB Wehling:
Ja
Stadtv. Karacelik:
Wir beantragen die geheime Abstimmung.
Beig. Motschull:
Ich stelle jetzt gerade fest, dass die Linke.Liste-Fraktion die Geheimabstimmung beantragt hat, damit ist 1/5 erreicht, von daher ist diesem Antrag auch Folge zu leisten.
OB Wehling:
Ja, wir unterbrechen jetzt eben kurz, bis alles vorbereitet ist.

Unterbrechung - (Allgemeines Stimmengewirr)

OB Wehling:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.
Ich unterstelle jetzt mal, dass wir fast vollzählig sind.
Ich darf dann die Ratssitzung wieder eröffnen, die ich kurz unterbrochen hatte. Wir wollten auf jeden Fall nach sieben Uhr die Zeit erreichen. Das ist uns gelungen. Gelungen ist inzwischen auch die rechtliche Würdigung nach der Gemeindeordnung. Dazu der Rechtsdezernent.
Beig. Motschull:
Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
Sie haben wahrscheinlich festgestellt, dass eine gewisse Unsicherheit vorhanden war. Das hängt damit zusammen, dass wir durchaus in unserer Geschäftsordnung Rechte haben, die den Fraktionen zugewiesen worden sind, über das, was die Gemeindeordnung hinaus ermöglicht. In diesem Fall ist es aber nach nochmaliger Prüfung und einem Blick in die Gesetzesgrundlage und in die Geschäftsordnung nicht der Fall, das heißt, Fraktionsstärke ist nicht ausreichend, den Antrag auf geheime Abstimmung zu stellen, sondern 1/5 der Ratsmitglieder. Da haben wir gerade festgestellt, das sind 13. Von daher ist bisher der Antrag nicht zulässig auf geheime Abstimmung. Da bin ich mir sicher. Dankeschön.
Stadtv. Karacelik:
Ich beantrage…
OB Wehling:
Anträge können jetzt nicht mehr gestellt werden. Wir haben jetzt so gerade festgestellt, bisher gibt es also neun. (Zwischenruf: Stimmt gar nicht.) Ja, Sie haben als Fraktion fünf, vier Stimmen, vier Stimmen von notwendigen 13.
Stadtv. Karacelik:
Ich hab nur noch eine Bitte, wir haben diesen Vorfall bei der Wahl des Verwaltungsvorstandes Sparkasse gehabt, da hat die FDP geheime Abstimmung beantragt und dem Antrag der FDP zur Wahl des Verwaltungsvorstandes wurde stattgegeben.

Zwischenruf: Wahl, keine geheime Abstimmung.

Stadtv. Karacelik:
Es war aber trotzdem eine geheime Wahl.

OB Wehling:
Wir müssen uns hier jetzt schon an Recht und Gesetz halten. Jetzt hatte ja Frau Flötgen den Antrag gestellt.
Beig. Motschull:
Wenn ich darf, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
nur 1/5 können einen solchen Antrag grundsätzlich stellen.
OB Wehling:
Deswegen frage ich.
Beig. Motschull:
Dann wird darüber abgestimmt.
OB Wehling:
Jetzt wollte ich fragen, wer sich dafür ausspricht, dass also geheim abgestimmt wird.

Zwischenrufe: Wer den Antrag stellt.

OB Wehling:
Wer den Antrag stellt, ja gut. Dann haben wir vier, Frau Flötgen ist die 5., Herr Paasch der 6. So, damit ist es nicht möglich, geheim abzustimmen. Wir kommen zur öffentlichen Abstimmung.
Wer den Antrag der Linken Liste-Fraktion befürwortet, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Die Linke-Liste, Herr Paasch, jetzt zähle ich durch, und die CDU-Fraktion in Gänze, ja.
Enthaltungen? Nein.
Gegenstimmen? Nein. Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Linken-Liste abgelehnt.